

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: Frank Puskarev: In Vielfalt geeint / Petra Pau: Unheilige Allianzen

Seite 3: Für gerechte Alternativen / Frühstart in den Europawahlkampf im Bezirk

Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Initiativen für einen besseren Bürgerhaushalt

Seite 5: Julia Wiedemann: Europa rückt nach rechts / Wolfgang Brauer: Ehre, wem Ehre gebührt / Marzahn-Hellersdorfer Umweltpaziergänge

Seite 6: Ach, wie wird die IGA schön / Kultursplitter / Gabi Hiller traf Thomas Händel

Seite 7: Thank you! Merci! Und vor allem Spasibo! Wir danken den Befreierinnen und Befreier Berlins

Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links: Europa schaut in die Sterne

Mit voller Kraft in den Europawahlkampf – für eine starke LINKE!

■ Wann und warum hast du angefangen, dich für europäische Politik zu interessieren?

Martin Schirdewan: Das begann schon in meiner Studienzeit. Zu dieser Zeit entstand das Europäische Sozialforum. Ihr könnt euch sicherlich noch an die Bilder erinnern, als 2002 eine Million Menschen in Florenz gegen die neoliberale Politik und für globale soziale Rechte demonstrierten. Wenig später – 2004 – gründete sich die Europäische Linkspartei in Rom. Die Linke in Europa schien auf dem Vormarsch. Ich mochte die Leidenschaft des Aufbruchs der europäischen Linken. Damals entschied ich mich für eine Promotion an der FU Berlin zur internationalen Zusammenarbeit linker Parteien in Europa. Europäische Politik war also von Anfang an Bestandteil meines politischen Engagements.



Martin Schirdewan

Foto: DiG/Trialon

■ Einer deiner Schwerpunkte ist Regionalpolitik – was heißt das z.B. für eine „Großstadt“ wie Marzahn-Hellersdorf an der Grenze zwischen zwei Bundesländern?

Martin Schirdewan: Zunächst mal muss Berlin wieder die Mittel aus den Strukturfonds in voller Höhe abrufen. Da sind mehr als 300 Mio. Euro liegen gelassen worden. Es kann doch nicht sein, dass der SPD-CDU-Senat notwendige Investitionen unterlässt und damit die städtische Infrastruktur darunter leidet. Andererseits sind wir als LINKE herausgefordert, Bildung, Gesundheit und Pflege, die öffentliche Daseinsvorsorge, den Verkehr usw. grenzüberschreitend zu denken und zu entwickeln. Brandenburg und Berlin

brauchen gemeinsame intelligente Lösungen statt Kleinstaaterei. Denn: Der Bevölkerungsrückgang in Brandenburger Dörfern steht dem Bevölkerungsanstieg im Ballungszentrum in

und um Berlin gegenüber. Das stellt ländliche wie urbane Regionen vor immer größere Herausforderungen, insbesondere was die Daseinsvorsorge betrifft. Dem stellen wir unsere Auffassung von wirtschaftlich selbst tragenden Regionen entgegen, von Regionengerechtigkeit, die Perspektiven für Stadt und Land gleichermaßen bietet.

■ Ein weiterer deiner Schwerpunkte ist Antifaschismus. Welche Herausforderungen siehst du da im nächsten Europa-Parlament?

Martin Schirdewan:

Leider sagen die Umfragen derzeit einen rasanten Zuwachs für rechtspopulistische und neofaschistische Parteien voraus. Deshalb sind die Verteidigung der Demokratie und der Antifaschismus Pflichtaufgaben für mich. DIE LINKE hat den Mut, für die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie zu kämpfen. Wir brauchen ein soziales Europa mit einem Europäischen Parlament, das über ein Initiativrecht verfügt und von der Dominanz von Kommission und Rat befreit ist. Und wir brauchen dringend ein Ende der Spar- und Kürzungsdiktate in Europa, die wie Wasser auf die Mühlen der Rechten und Europaskeptiker wirken.

■ Zum Schluss: Was wirst du als erstes machen, wenn du ins EP gewählt worden bist?

Martin Schirdewan: Dafür kämpfen, dass TTIP, dieses unsägliche Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, hoffentlich doch noch vom neugewählten EP versenkt wird.

Das Gespräch führte Hassan Metwally.

Europawahl am 25. Mai

Wählen gehen!

Die Wahlbeteiligung in Marzahn-Hellersdorf betrug zur **Europawahl 2009** lediglich **25 %**.

zur **Bundestagswahl 2013** waren es dagegen **65 %**.

Das heißt, an der Bundestagswahl 2013 haben sich über 80 000 Marzahn-Hellersdorfer_innen mehr beteiligt als vier Jahre zuvor bei der Europawahl.

Mehr und mehr wird über unsere Zukunft in Brüssel entschieden:

- über die Macht der Banken,
- über Arzneimittelvorschriften,
- über Umweltstandards.

Geben Sie Ihrer Stimme Gewicht!

Die Europawahl ist der richtige Zeitpunkt.

Chancen nicht verschenken - DIE LINKE ankreuzen!

Die Kandidaten der LINKEN für das Europaparlament:

Gabi Zimmer, Thomas Händel, Cornelia Ernst, Helmut Scholz, Sabine Lösing, Fabio de Masi, Martina Michels, Martin Schirdewan, Sofia Leonidakis, Malte Fiedler und weitere Persönlichkeiten (<http://www.die-linke.de/wahlen/europawahlen-2014/kandidatinnen-und-kandidaten/>)

DIE LINKE.

Frank Puskarev: In Vielfalt geeint

Zugegeben, der Name ist nach wie vor etwas sperrig: GUE/NGL. So heißt seit schon seit 1989 die linke Fraktion im Europäischen Parlament. Von deutschen GenossInnen liebevoll Güngel genannt, steht der Name für die Breite der Fraktion an linken Parteien aus derzeit 18 Parteien aus 13 Mitgliedstaaten, insgesamt 35 Abgeordneten: Gauche Unitaire Européenne/ Nordic Green Left - Vereinte Europäische Linke/ Nordisch Grüne Linke. Und weil diese Breite eben auch Breite an Meinungen bedeutet und die Unterschiede bei allen Gemeinsamkeiten respektiert sein sollen, ist die Fraktion konföderal organisiert. Alle Unterschiede werden akzeptiert, gemeinsame Entscheidungen

konsensual getroffen und jede Formation hat das Recht, ihre eigene Position jederzeit und ohne Einschränkungen kundzutun. Verglichen mit der LINKEN scheint dieser Anspruch unmöglich umsetzbar. Und doch gelingt es - oder gerade deswegen - seit vielen Jahren, gemeinsam im Europäischen Parlament linke Alternativen zur herrschenden Politik zu formulieren und diese auch in die Gesellschaft zu transportieren. Das, was wir auf der europäischen Ebene in fünf Jahren erreicht haben, kann sich als linkes Politikangebot sehen lassen. Mangels Platz sei nur einiges hervorgehoben: Die neue europäische Finanzmarkt-Regulierung wäre ohne uns wohl wesentlich unzureichender.



Wir haben Arbeitszeitverlängerung verhindert, ein Recht auf ein Girokonto durchgesetzt, erfolgreich direkte und indirekte Liberalisierungsversuche gestoppt et cetera pp. Die Umstände waren nicht immer einfach, zunächst übermächtig erscheinende konservative und neoliberale Mehrheiten mussten mühselig aufgebrochen und mit sehr viel Aufwand Verschlechterungen verhindert und manchmal sogar Verbesserungen durchgesetzt werden.

Dies gelingt nur gemeinsam, und dessen waren und sind sich die GenossInnen in der GUE/NGL in der Regel bewusst. Selten konfliktfrei konnte so solidarisch und konkret für 500 Millionen Menschen in Europa erreicht werden, was zu Beginn auch dieser Legislaturperiode mit fünf Prozent der Abgeordneten des EP undenkbar schien. Diese Erfahrung gibt Kraft und Motivation, für eine starke Linke im Europäischen Parlament bei dieser Europawahl zu kämpfen, für ein sozialeres, demokratischeres und friedlicheres Europa.

Frank Puskarev ist Mitarbeiter des Europaabgeordneten der LINKEN, Thomas Hädel, in Brüssel

Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen.

Vermögensabgabe,
Bankenkontrolle,
Steuergerechtigkeit.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

Petra Pau (MdB): Unheilige Allianzen

Da liege ich mit meiner Gewerkschaft mal wieder über Kreuz. Die Spitze der Gewerkschaft der Polizei giert weiter nach der Vorratsdatenspeicherung. Das sei „zwingend erforderlich“, mahnt GdP-Vize Arnold Plickert. Innenpolitiker der CDU/CSU pflichten ihm bei, wie gehabt. Aktueller Auslöser ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Demnach ist die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung nicht mit Grundrechten der Europäischen Union vereinbar, also ungültig. Ein guter Spruch pro Bürgerrechte. Der Streit um die Speicherung aller Telekommunikations-Verbindungsdaten währt hierzulande rund ein Dutzend Jahre. Erfasst werden soll, wer wann und wo mit wem telefoniert hat, wer wem eine SMS oder eine E-Mail zukommen ließ, wer wann welche Web-Seite im Internet aufgesucht hat. Das alles ohne Anlass oder Verdacht, auf Vorrat halt. Ich war stets dagegen. Ohne Vorratsdatenspeicherung könne es im

Internetzeitalter keine erfolgreichen Ermittlungen mehr gegen Straf- und Gewalttäter geben, klappern die Gebetsmühlen der Befürworter. Doch dem widersprechen sogar Einschätzungen des Bundeskriminalamtes. Laut BKA könnte sich die Aufklärungsquote mit Allround-Erfassung möglicherweise um 0,006 Prozent verbessern. 0,06 Promille sind nicht einmal im Straßenverkehr relevant. Die Gegner der Vorratsdatenspeicherung berufen sich auf das Grundgesetz, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Fernmeldegeheimnis. Hinzu kommt, dass mit der Vorratsdatenspeicherung ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger dem Generalverdacht ausgeliefert werden, sie könnten Straftäter sein oder werden. Man weiß ja nie. Ein Vorreiter für eine derart rechtswidrige Praxis war übrigens Großbritannien. Dort wurde schon in den 1980er Jahren eine Kommission eingesetzt. Sie sollte Vorschläge unterbreiten, wie eine solche Allesüberwachung ins Werk gesetzt wer-

den könne. Mit am Expertentisch saß der US-Geheimdienst NSA. Damals wie heute: unheilige Allianzen!

Bemerkenswert ist auch das: Das deutsche Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, beschlossen von CDU/CSU und SPD, scheiterte 2010 in „Karlsruhe“ beim Bundesverfassungsgericht. Umso aktiver wurde die Bundesregierung danach in Brüssel. Das Kalkül: Eine entsprechende EU-Richtlinie würde Deutschland verpflichten, europäisches Recht national umzusetzen.

„Tun wir das nicht, könnte uns das Millionen Euro kosten“, lockte die CDU/CSU wieder und wieder. Ich übersetzte: Sollten sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland partout nicht überwachen lassen wollen, so müssten sie mit erheblichen Strafsteuern rechnen.

Natürlich war diese Unions-Drohung ein klarer Missbrauch der Europäischen Idee. Zumindest im konkreten Fall ist er vorerst gescheitert.

Für gerechte Alternativen

Nur 51 Tage vor der Wahl zum Europaparlament am 25. Mai traf sich DIE LINKE. Berlin im Abacus Tierpark Hotel, um sich auf den Wahlkampf einzustimmen. Parteitag und Leitantrag standen unter dem Motto „Berlin in Europa und der Region“. Leitantrag und Debatte machten deutlich, dass Berlin selbst und auch sein Verhältnis zu Europa von vielen Widersprüchen geprägt sind. Doch weder die Risiken noch die Chancen, die die europäische Integration im Rahmen der Europäischen Union für die Menschen in Berlin bedeuten sind Ergebnis quasi naturgesetzlicher Entwicklungen oder schicksalhafte Ereignisse. Sie sind Ergebnisse menschlichen Handelns und damit auch durch menschliches Handeln veränderbar. Dies ist die Herausforderung, die DIE LINKE. Berlin in ihrem Leitantrag formuliert hat. Damit folgt sie dem Europawahlprogramm, das sich DIE LINKE auf ihrem Hamburger Bundesparteitag gegeben hat.

Egal ob bei Fragen des sozialen Zusammenhalts in der Stadt, des Umgangs mit Geflüchteten, Wohnungsmarktpolitik, regionaler Entwicklungspolitik, Wirtschafts- oder Kulturpolitik - DIE LINKE. Berlin machte deutlich, dass es zur perspektivlosen Politik des neoliberalen Mainstreams, wie sie nicht nur in den europäischen Institutionen, sondern auch in Berlin von SPD und CDU exekutiert wird, eine gerechte Alternative gibt. Mit dem Beschluss des Leitantrags gab DIE LINKE. Berlin den Startschuss für den Europawahlkampf. In Marzahn-Hellersdorf werden wir einen kurzen, aber intensiven Wahlkampf führen. Seit dem 28. April hängen im Bezirk unsere Plakate, doch die sind nur ein Signal für die Wählerinnen und Wähler. Am besten überzeugen kann man die Menschen von linker Politik im persönlichen Gespräch. Deshalb wollen wir versuchen, so oft wie möglich mit den Bürgerinnen und Bürgern in Marzahn-Hellersdorf ins Gespräch zu kommen. So wol-



len wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die aktuellen Umfragen, die uns 8 Prozent vorhersagen, am 25. Mai um 18 Uhr mindestens Realität werden.

Hassan Metwally

Frühstart für Europawahlkampf im Bezirk

Anders als im Leistungssport ist ein Frühstart in der Politik kein Grund zur Disqualifikation, sondern zeigt am Beispiel der LINKEN vor Ort das große Interesse, im Wahlkampf rechtzeitig für die aktuell ohnehin diskutierten Fragen gerüstet zu sein. Beispielsweise die gefährliche Lage um die Ukraine. Da lag es nahe, einen der in dieser Problematik erfahrensten Europaparlamentarier, Helmut Scholz, einzuladen. Er kam Ende März nach minimaler Vorwarnzeit ins gut besuchte neue Wahlkreisbüro von Gabi Hiller und konnte sachkompetent auf Nachfragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Europapolitik antworten, Schwerpunkt war wie zu erwarten Osteuropa. Sein Blick hinter die Nebelbänke aktueller Medienberichte war aufschlussreich. So die Analyse, dass alle Gläubiger der Ukraine - von USA, dem Internationalen Währungsfonds über Russland bis zu den EU-Ländern - ihre Probleme mit den neuen, äußerst instabilen Partnern in Kiew hätten und schon daher zur Kooperation gezwungen seien.

Die Frage nach Alleinstellungsmerkmalen der LINKEN in der Ukrainefrage beantwortete er sinngemäß so:

- Als einzige der deutschen Parteien setzt allerdings nur DIE LINKE von Beginn an auf konsequente Einbeziehung Russlands in die Lösung der Krise.
- Sie tritt wegen der Teilnahme offen profaschistischer und rechtsextremer Kräfte gegen eine Legitimierung der Kiewer Machthaber als angeblich demokratisch gewählte Regierung ein.
- Zudem ist DIE LINKE wie schon im Jugoslawienkrieg gegen die Aufnahme einer mit „europäischen Werten“ begründeten „Schutzverantwortung der Deutschen“ gegenüber anderen Völkern als Prinzip eines modernisierten

Völkerrechts.

Thomas Händel, Linksabgeordneter aus Franken, war Anfang April im Wahlkreisbüro von Gabi Hiller zu Gast. Gemeinsam mit Helmut Scholz ist der aus der WASG kommende Gewerkschafter in der linksgrünen Fraktion des Europaparlaments für Alternativen zu den Geheimverhandlungen über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und anderen Staaten, v.a. den USA (TTIP) zuständig.

Sehr engagiert zeigte er den etwa 30 Anwesenden, weshalb solche Abkommen unbedingt verhindert oder weitgehend verändert werden müssen. Sie könnten durch die Hintertür praktisch jegliche Erfolge beim Kampf gegen eine hemmungslose Deregulierung und Neoliberalisierung in den Nationalstaaten Europas und bei schwächeren Partnerländern in der dritten Welt aushebeln. Ginge es nach den Vorstellungen der Amerikaner, würden von den Lenkzeitenbegrenzungen für Fernfahrer über den Widerstand gegen die Wasserprivatisierung bis hin zur Regulierung der Finanzmärkte jegliche demokratische Ansätze europäischer Politik durch eine Liberalisierung im Interesse der Großkonzerne ersetzt. „Nichttarifäre Handelsschranken beseitigen“ hieße im Klartext des TTIP, dass Investoren im Streitfall an Stelle staatlicher unabhängiger Rechtsprechung eine Verlagerung an unternehmerfreundliche Schiedsgerichte erreichen könnten, demokratische Mitsprache würde zur leeren Worthülse. Schadensersatz könnte durch Privatinvestoren schon bei tariflichen Lohnerhöhungen oder Umweltschutzauflagen eingeklagt werden.

- DIE LINKE sei zugleich proeuropäisch und europakritisch, stellte Händel auf Nachfrage klar: Für ein Europa des Friedens und sozialer Standards, gegen ein neoliberales, kapitalge-

steuertes Europa.

- Eine linke Mehrheit im EU-Parlament nach den Wahlen im Mai („Rot-rot-grün“) sei angesichts der erstarkten Linksparteien im Süden Europas realistisch.

Uli Clauder

Zur Erinnerung hier zwei weitere Stationen im Europawahlkampf vor Ort:

Am 9. Mai von 14 bis 18 Uhr der Europatag auf dem Kastanienboulevard, Veranstalter ist der lokale Aktionsplan Marzahn-Hellersdorf, u.a. mit einer Podiumsdiskussion der demokratischen Parteien vor der Europawahl.

Am 21. Mai ab 18 Uhr im Wahlkreisbüro von Gabi Hiller, Teterower Ring 41, kurz vor der Wahl eine Diskussion zur Flüchtlingspolitik.

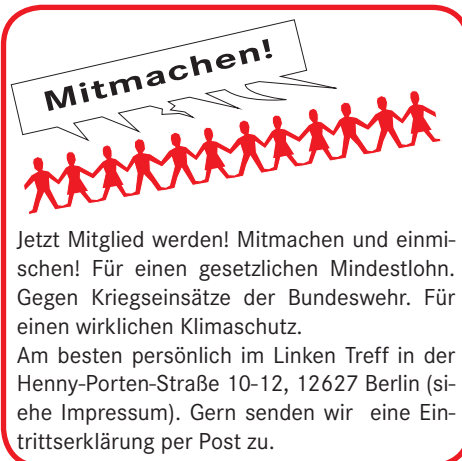
Unterschriften gegen Rentenunrecht

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) initiiert einer Petitionsbewegung für eine unverzügliche **Angleichung der Rentenwerte Ost an West** und bittet um Unterstützung. Unterschriftenlisten liegen noch bis zum 30. Juni 2014 im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin aus.

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

In diesem Monat wird das Europa-Parlament neu gewählt. Aber bekanntlich findet hier in Berlin zum gleichen Termin, dem 25. Mai, auch der Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Feldes statt. Darüber wurde in unserem Bezirk bisher wenig gesprochen – vielleicht ist Tempelhof zu weit weg? Der Landesparteitag der Berliner LINKEN hat dazu einen Beschluss mit der Überschrift „100 % öffentlich – 100 % sozial. Deshalb am 25. Mai JA zum Tempelhofer Feld für alle“ gefasst. Darin heißt es: „DIE LINKE. Berlin empfiehlt allen Berlinerinnen und Berlinern, beim Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes für den Gesetzentwurf der Initiative »100% Tempelhofer Feld« und gegen den Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses und damit gegen eine Privatisierung von Teilbereichen zu stimmen.“ Eigentlich ganz einfach. Aber eben doch nicht: Zunächst einmal muss man wissen, dass über die beiden Gesetzentwürfe zwar auf einem Stimmzettel, aber getrennt abgestimmt wird. Das gab es bisher in Berlin noch nicht. Weiter und noch ungewöhnlicher: Man muss nicht „logisch“ abstimmen, man kann beiden Entwürfen zustimmen oder auch beide ablehnen, entscheidend ist nur, welcher Vorschlag

mehr JA-Stimmen bekommt. Und noch weiter: Die auf den Stimmzettel aufgedruckten Kurzfassungen verschleiern zum Teil den Sinn der Gesetze. So heißt es in der Kurzfassung des Senatsentwurfs, dass eine Freifläche von 230 ha im Eigentum des Landes verbleibt. Gemeint ist: Eine Fläche von etwa 70 ha wird an private Investoren verkauft. Insbesondere damit ist DIE LINKE nicht einverstanden. Unsere Position ist dabei etwas schwierig. Viele unserer Mitglieder wollen nicht 100 Prozent Freifläche, sondern eine begrenzte Randbebauung entlang des Tempelhofer Dammes, wo auf landeseigenem Boden durch landeseigene Betriebe Wohnungen zu sozial verträglichen Mieten entstehen sollen. Nach dem Wortlaut des Volksentscheides ist diese Version aber nicht möglich – entweder keinerlei Bebauung oder der Bebauungsplan des Senats. Das ist für uns ein Dilemma – und der Parteitag hat sich in dieser Situation klar dafür entschieden, das Gesetz zu unterstützen, das jegliche Bebauung untersagt. Natürlich ist das ein Kompromiss, aber mit zu akzeptierendem Hintergrund. Aber: Wenn der Gesetzentwurf „100 % Tempelhofer Feld“ durchkommt – und das wollen wir ja –, ist auch „unser“ Projekt vom Tisch.



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen! Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Am besten persönlich im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (siehe Impressum). Gern senden wir eine Eintrittserklärung per Post zu.

Und da gibt es offenbar noch Probleme. In einigen Reden auf dem Parteitag klang so etwas an wie „Wir können ja nach dem 25. Mai neu darüber reden.“ Nein – wenn der Volksentscheid erfolgreich ist, tritt mit der Entscheidung vom 25. Mai eines der beiden Gesetze in Kraft, und da sollte man nötigenfalls noch mal in unserem Parteiprogramm nachlesen, wie DIE LINKE zu Volksentscheiden steht. Das sollte doch wohl auch dann gelten, wenn deren Ergebnis nicht unseren Vorstellungen entspricht. Wir brauchen eine klare Position – das sollten wir aus dem Volksentscheid zum Wasser gelernt haben.
Bernd Preußner

Aus der Fraktion: Initiativen für einen besseren Bürgerhaushalt

Die Sitzung der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf am 7. April stand ganz im Zeichen des Bürgerhaushalts 2016/2017. Nachdem der Bürgerhaushalt 2014/2015 gezeigt hatte, dass das Interesse an der Mitbestimmung über die Gestaltung des Stadtteils bei den Bürgern und Bürgerinnen groß ist, stehen wir nun vor der Frage, wie der nächste Bürgerhaushalt vor allem für Bürger*innen ohne Internetzugang besser und transparenter gestaltet werden kann. Kristian Ronneburg machte die Position der Linksfraktion dazu in der Fraktionssitzung deutlich: Probleme gibt es vor allem bei der Möglichkeit der Stimmenabgabe zu den vorgeschlagenen Projekten. Während es im Internet möglich ist, für alle Projekte zu stimmen, kann im Stadtteilzentrum nur für 10 Projekte gestimmt werden. Außerdem erfolgt die Abstimmung in den Stadtteilzentren dadurch, dass die Anzahl der bereits für das jeweilige Projekt abgegebenen Stimmen für jeden sichtbar ist, nicht ohne eine unmittelbare Beeinflussung der Bürger*innen. Für wenig Kontinuität beim Verfahren zum Bürgerhaushalt sorgt die Entlassung von Mitarbeiter*innen in den Stadtteilzentren nach Beendigung des Abstimmungsprozesses. Die Linksfraktion wird zu all diesen Punkten Anträge im Hauptausschuss und dann gesammelt in die BVV einbringen. Eine zentrale Forderung der Linksfraktion ist die Einrichtung eines ständigen Bürgerhaushalts, um so die bislang kurzen Vorschlagsphasen zu vermeiden. Die Bürger*innen sollen, wie im Bezirk Lichtenberg auch, die Möglichkeit haben, ganzjährig Vorschläge einzureichen. Weiterhin wollen wir die direkte Ansprache der Bürger*innen verbessern. So sollen zufällig ausgewählte Bürger*innen aus den jeweiligen

Stadtteilen per Post dazu ermutigt werden, sich beim Bürgerhaushalt einzubringen. Das Hauptproblem bei der Umsetzung unserer Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens ist jedoch das Desinteresse des Bürgermeisters und Finanzstadtrats Stefan Komoß (SPD) am gesamten Thema Bürgerhaushalt. Er verzögert die Evaluation des bisherigen Verfahrens und verhindert dadurch dessen Weiterentwicklung, versucht dies aber durch dreites Kopieren von Vorschlägen der Linksfraktion zu kaschieren. Der von der Linksfraktion in die BVV eingebrachte Antrag, einen Workshop zum Bürgerhaushalt für die Bürger*innen durchzuführen, wurde von Komoß einfach übernommen. Auch einen Termin für diesen Workshop hat das Bezirksamt bereits festgelegt. Die Diskussion weiterer, auch von der Fraktion der Piraten eingebrachter, Anträge wurde dagegen immer wieder verschoben. Trotz all der Hindernisse, die einer Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltsverfahrens im Wege stehen, machen wir uns als Linksfraktion dafür stark, dass es in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu einer Diskussion über un-

sere Anträge kommt und dass die Ergebnisse dann in der BVV vorgelegt werden können.
Thomas Braune

„Brauer lädt ein“ zu

„Berlin mörderisch. Streifzüge durch die Kriminalgeschichte“
Mit dem Kriminologen und Autoren Frank-Rainer Schurich (Berlin)



Die Krimi-Abteilungen der Buchläden wimmeln derzeit nur so von Berlin-Krimis: historisch verbürgt (?), fiktiv, aktuell... Unsere Stadt ist einer der beliebtesten Spiel- und Drehorte für „Kriminelles“. Berlin – als Hauptstadt auch von Mord und Totschlag? Ich möchte Sie einladen, Frank-Rainer Schurich auf den Spuren von Tätern und Ermittlern in Geschichte und Gegenwart unserer Stadt zu folgen. Ein spannender Abend ist Ihnen garantiert!

Mittwoch, 4. Juni 2014, 19 Uhr
Berliner Tschechow-Theater
Märkische Allee 410, 12689 Berlin
S 7 bis S-Bahnhof Ahrensfelde

Eintritt: entgeltfrei.

Über meinen Gast:
Frank-Rainer Schurich (Jahrgang 1947) ist sicherlich **der** Experte für Berliner Kriminalgeschichte. An der Humboldt-Universität zu Berlin war er ordentlicher Professor für Kriminalistik – der Lehrstuhl wurde nach der Wende „abgewickelt“. Auch während seiner Lehrtätigkeit war er immer wieder praktisch bei der Berliner Kriminalpolizei tätig. Seit 1995 ist er freiberuflich als Autor, Berater und Privatdozent tätig. Regelmäßig schreibt F.R. Schurich für die Zweiwochenschrift „Das Blättchen“ (<http://das-blaettchen.de>).

Veröffentlichungen u.a.:

- *Tödliche Lust. Sexualstraftaten in der DDR, 1997 (Neuausgabe 2013)*
- *Mein Name ist Hase. Kuriositätenlexikon der Kriminalgeschichte, 1997*
- *Berlin mörderisch. Ein kriminalhistorischer Führer mit Straße und Hausnummer (mit Rainer Leonhardt), 1999*
- *Darauf können Sie Gift nehmen. Kuriositätenlexikon der Kriminalgeschichte, 2013*

Julia Wiedemann: Europa rückt nach rechts

Umfrageergebnisse zur Europawahl ergeben für das Lager der extremen Rechten zwischen 80 und 110 von 751 Sitzen. Die französische Front National, die dänische Volkspartei, die UKIP aus Großbritannien, die FPÖ aus Österreich, die Partei Jobbik aus Ungarn und die rechtskonservative Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“ aus Litauen könnten in ihren Ländern 20 Prozent der Stimmen und mehr erreichen. Auch aus Deutschland werden Sitze auf extrem rechte und rechtspopulistische Parteien entfallen. So wird die AfD derzeit Umfragen zu Folge auf 6 Prozent kommen und durch den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde könnte auch die NPD einen Sitz im nächsten Europaparlament ergattern. Nach der letzten Europawahl fielen nur 55 Sitze auf das extrem rechte Lager.

Um eine gemeinsame Fraktion zu bilden, müssen sich mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Ländern zusammenschließen. Ob dies gelingt, ist fraglich. Die niederländische „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders, die französische Front National und der belgische Vlaams Belang haben erklärt, im neuen Europaparlament zusammenzuarbeiten. Die AfD hat hingegen bereits angekündigt, nicht mit diesem Bündnis zusammengehen zu wollen. Und auch unter den anderen Parteien besteht keineswegs Einigkeit. Doch selbst wenn die extreme Rechte nicht als geeinte Fraktion im europäischen Parlament auftreten wird, sollten wir die Gefahr nicht unterschätzen. Denn eines haben sie schon jetzt erreicht: einen Rechtsruck im politischen Diskurs. Neben der Europakritik wird Einwanderung von den Rechten als Bedrohung dar-

gestellt, und die Angst vor angeblicher „Überfremdung“ und „kriminellen Ausländern“ wird geschürt. Sie haben damit Themen gesetzt, die mehr und mehr auch von anderen Parteien aufgegriffen werden. So hat die „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders mit ihren Positionen die Einwanderungsdebatte in den Niederlanden nachhaltig geprägt. Der öffentliche Diskurs um Einwanderung in den Niederlanden hat sich auf die kulturelle Ebene verschoben, und andere Parteien haben zunehmend restriktive Forde-

rungen in Einwanderungsfragen übernommen. Genau das können wir auch in Deutschland beobachten, wo ungeachtet der vielen Toten im Mittelmeer an den Grenzen der Festung Europa über „Armutsfüchtlinge“ debattiert wird und Sprüche wie „Wer betrügt, der fliegt“ zum Wahlkampfes werden. Umso wichtiger, dass DIE LINKE im Wahlkampf und auch danach dagegen hält, für eine humane Flüchtlingspolitik eintritt und rassistischen Positionen immer wieder eine klare Absage erteilt.

Julia Wiedemann ist Sprecherin der „Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus“ der LINKEN

Marzahn-Hellersdorfer Umweltspaziergänge

Am 19. April fanden sich 20 interessierte Naturfreundinnen und -freunde zur Führung mit Angele Schonert zum Weiher Friedrichsfelde-Nord.

Versteckt zwischen Industriegeländen, Eisenbahnerkleingärten und alten Industriebahngleisen liegt dieses unscheinbare Biotop mit mannigfaltigem Leben. Das Betreten des Geländes ist sonst verboten, erst recht die Herausnahme von Pflanzen und Tieren sowie die Verunreinigung und Beeinträchtigung des Lebensraums. Der dort vorkommende Kammmolch als sogenannte FFH(Fauna-Flora-Habitatrichtlinie)-Art bewirkt übrigens eigentlich ein Veränderungsverbot für diese Fläche. Es kann durchaus sein, dass wir darauf noch einmal zurückkommen müssen, falls die Deutsche Bahn ihr Gelände verwertet und ein Wohnungsstandort entstehen würde.

Doch nun zum **nächsten Spaziergang am 20. Mai** zum Thema **„Besuchen Sie den Kienberg, so lange es noch geht!“**.

Die IGA 2017 wirft mit Vermessung, Markierung, Gründungen und anderen Arbeiten ihre Schatten voraus.

Die Gestaltung war ja schon Thema öffentlicher Veranstaltungen, und Begehungen mit den Machern gab es und wird es auch weiterhin noch geben. Am 20. Mai geht es - bevor die Zäune gezogen werden - mit der Naturschützerin Angele Schonert vom NABU rund um und durch den Wald am und um den Kienberg herum.

Mit vielen Details geht es um Leben und Situation von Flora und Fauna rund um den „Berg“, aber auch um Probleme ... Thematisiert wird insbesondere aber auch das gerade neu vorliegende Waldentwicklungskonzept. Der Laie sieht bisher nur, was verschwindet, dabei ist doch eine nachhaltige Waldentwicklung mit vielen standortgerechten heimischen Arten ein anzustrebendes Ziel, oder? Der ca. zweistündige Spaziergang **am 20.5.** beginnt um **16.30 Uhr** an der Bushaltestelle **Suhler Straße** (Bus 195). **Frank Beiersdorff**

Wolfgang Brauer (MdB): Ehre, wem Ehre gebührt!

Im März wurde mir die Frage gestellt, warum Paul von Hindenburg immer noch Ehrenbürger von Berlin sei. Stimmt: Des Kaisers Generalfeldmarschall, der spätere Hitler-Ernenner, steht noch immer auf der Liste. Schuld daran war eine Koalition aus FDP, CDU und SPD, die im Jahre 2003 - rot-rot! - dafür sorgte, dass ein entsprechender Antrag von Bündnis 90/Die Grünen nicht nur abgelehnt wurde, sondern mit einem „demokratischen Persilschein“ für einen der wichtigsten Totengräber der Weimarer Republik endete. Der Kriegsverbrecher wurde gleichsam unantastbar gestellt.

Der Frage an mich kam vom „Berliner Kurier“, und ich konnte nur wiederholen, was ich in der damaligen Debatte schon gesagt hatte: „Ein Kriegstreiber. Schlächter und ein Mann, der Hitler in den Sattel setzte.“ Spätestens seit der umfangreichen Hindenburg-Biografie Wolfram Pytas aus dem Jahre 2007 kann niemand mehr ernsthaft diesem Befund widersprechen. Pyta widerlegt alle bisherigen Versuche, die Ernennung Hitlers durch Hindenburg, seine Unterstützung der diversen Maßnahmen zur Errichtung der Nazi-Diktatur als Taten eines halbvertrottelten Greises zu verharmlosen: „Der Feldmarschall-Präsident war keine Marionette, auch nicht am Ende seines 86-jährigen Lebens, sondern ein Akteur der



Wolfgang Brauer, Mitglied der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus und Sprecher für Kultur Foto: DIE LINKE. Berlin

deutschen Geschichte, auf den sich in fataler Weise die Sehnsüchte einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft richteten.“ Wichtigster Kronzeuge für ein solches Urteil ist Hindenburg selbst: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zusammenzuführen, ei-

nen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.“ (Politisches Testament, 1934). Es bleibt nur eins: Der muss runter von der Liste. Übrigens hat sich noch nicht einmal sein damaliger großer Verteidiger Walter Momper getraut, ein Hindenburg-Porträt in der Ehrenbürgergalerie des Abgeordnetenhaus aufzuhängen. Wir empfangen zu viele ausländische Gäste.

2014 begehen wir den 100. Jahrestag des Beginns des I. Weltkrieges. Dem Generalfeldmarschall bekam der wie eine Badekur, wie er selbst sagte. Das stimmt sogar: Während der Schlacht bei Tannenberg 1914 ging der Sieger von Tannenberg auf die Jagd und schlief sich gründlich aus. Möglicherweise spukt Tannenberg heute manch Hinderburg-Fan („Der hat uns vor den Russen gerettet!“) im Hinterkopf herum, wenn wieder argumentiert wird, „dass die Ehrenbürgerliste in ihrer Zusammensetzung vor allem als ein Dokument der Geschichte anzusehen ist“. Mit derselben Begründung könnte auch Hitler wieder auf die Liste. Unsere Fraktion wird im Mai einen Antrag einbringen, Paul von Hindenburg endgültig von der Berliner Ehrenbürgerliste zu entfernen. Ich hoffe, dass die SPD 2014 einen klareren Blick auf den Mann entwickelt hat, der auch ihre GenossInnen dem Henker ausliefern half.

Gabi Hiller traf Thomas Händel

Mit ihrem Gast Thomas Händel (MdEP) eröffnete die Berliner Abgeordnete am 9. April die Europawochen in ihrem Wahlkreisbüro in Hellersdorf. Der Europaabgeordnete der LINKEN zeichnete anschaulich das Bild, das sich die konservativen Kräfte von Europa machen und wohin die Entwicklung geht, wenn man sie nicht aufhält.

Ganz klar seine Stellung zum Freihandelsabkommen TTIP: „Gewinnen werden multinationale Konzerne, die schon heute darauf drängen, Sozialstandards und Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer zu kürzen, ganz nach dem Vorbild der USA-Wirtschaftskonzerne“. Der zweite wichtige Punkt sind die in Europa geltenden Verbraucherrechte - gerade erst heiß debattiert, würden sie durch dieses Abkommen in Frage gestellt und ins Gegenteil verkehrt. Wenn der Markt für amerikanische Produkte völlig offen ist, hat sich die Diskussion um genmanipulierte Lebensmittel erübrigt, denn dort gehören sie mit 70 % aller Lebensmittel zum Alltag. Ebenso die strengen rechtlichen Grundlagen bei der Einführung neuer Medikamente, deren Unbedenklichkeit hier nachgewiesen werden muss, wären dann



Thomas Händel steht am 25. Mai wieder zur Wahl. Eingeladen in ihr Bürgerbüro im Teterower Ring 41 hatte ihn Gabriele Hiller, MdA.
Foto: Sabine Schwarz

ad acta. Als drittes wichtiges Feld, worüber während des Europawahlkampfes aufzuklären sei, benannte Thomas Händel die sogenannte „Investorenversicherung“. Er klärte auf, dass damit Investoren, die in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren, wie Energiekonzerne oder private Wasserbetriebe, das Recht erhalten sollen, Gewinnverluste wegen höherer Löhne in Folge erfolgreicher Arbeitskämpfe von Kommunen, Städten und aus der Staatskasse zurückfordern zu können ... und wer bezahlt die Zeche am Ende? Du und ich, die Steuerzahler“, so Thomas Händel. Optimistisch endete die Gesprächsrunde: Wir werden mehr werden, vor allem aus Spanien und Griechenland und bei manchen Fragen haben wir schon knappe Mehrheiten. Denn immer mehr Abgeordnete wehren sich gegen die Tendenz weiterer Privatisierungen und Aushöhlung jeglicher Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Am konsequentesten ist dabei aber die Europäische Linke mit ihrem Motto: Gemeinsam für ein besseres Europa!

Sabine Schwarz

„Ach, wird die IGA schön!“ ...

..., so konnte man am 6. April im Seniorenheim Buckower Ring singen hören. Da fand der nun schon 18. Politische Frühschoppen mit Regina Kittler und Dagmar Pohle statt. Und der da sang, war Wolfgang Reuter, der sein eigens für diesen Tag geschriebenes „IGA-Lied“ vorstellte - sehr zur Freude der 80 erschienenen Veranstaltungsteilnehmer.

Vor allem ging es also um die IGA 2017 in Marzahn-Hellersdorf. Vom IGA „Project Management“ waren Ralf Walter und Arne Dainz gekommen, um anhand von Plänen und Schautafeln zu erläutern, was da auf unseren Stadtbezirk zukommt. Und das löste überwiegend Freude im Publikum aus.

Es gab auch besorgte Fragen, ob wir nach der IGA noch immer im wunderschönen Wuhle-Grün leben werden. Da konnten die IGA-Planer beruhigen: Was nach der IGA nicht mehr gebraucht oder geliebt wird, wird naturgetreu zurückgebaut. Ob das auch für die Schwebebahn zutrifft, die ja nach drei Jahren abgebaut werden soll? Selbstverständlich, auch wenn ein Vorlauter meinte, den Pariser Eiffelturm habe man ursprünglich auch nach der Weltausstellung wieder abbauen wollen ...

Auch andere Probleme und Problemchen aus dem Stadtbezirk kamen zur Sprache: die Wiedereinrichtung der Glasmüllcontainer, so mancher Dreckfleck an Haltestellen, Parkplätzen und Bahnhöfen und der zuweilen recht sorglose Umgang junger Leute mit Ordnung und Sauberkeit im Revier.

Sogar so eine Art „Subbotnik“ (wie „früher“) wurde ins Gespräch gebracht. Da könnten doch alle mitmachen. Ob das was wird???

Bleibt dennoch die Hoffnung, dass viele Bewohner unseres Stadtbezirks mit anpacken werden, wenn es um ein besuchenswertes Marzahn-Hellersdorf zur IGA 2017 geht. Oder wie der Refrain besagten Liedes vorschlug:

Berlin-Marzahn wird flott gemacht
und alle werden sehn:
Marzahn ist, wenn man trotzdem lacht.
Ach, wird die IGA schön!

Peter Kolbe

Peter Kolbe

Kultursplitter: Streiflichter aus dem Bezirk

In den letzten Wochen hatte die Marzahn-Hellersdorfer Kulturlandschaft viel zu bieten. Traditionsgemäß konnten Marzahn-Hellersdorfer und ihre Gäste am 29. und 30. März wieder „Kultur à la carte“ genießen. Neu dabei die im Aufwind befindliche Alte Börse Marzahn mit diversen Workshops. Buntes Treiben in der Galerie M erfreute zahlreiche Besucher. Anlass war die Finissage zur Ausstellung „Plastikrevue“. Die kreative Ausstellung verstand sich als Persiflage auf die heutige Shoppingwelt. Dabei war die Nachbarschaft zum Shoppingcenter Eastgate nicht nur örtlich und zufällig. Der Künstler Manfred Kirschner regte auf ungewöhnliche Weise mit zum Teil sprechenden Plastiktüten an, über unser Shoppingverhalten, unsere Bedürfnisse nachzudenken. Mit befreundeten Künstlerinnen und Künstlern gestaltete er eine schrille Revue (siehe Foto).

Unter dem Titel „Kostbarkeiten“ wurde am 3. April mit einer künstlerischen Vernissage im Rathaus Marzahn auf fünf Etagen eine Ausstellung mit Werken von Christel Bachmann, Konrad Mass und Walter Opitz eröffnet. Sehenswert auf allen Etagen, noch bis zum 31. Juli. In den Räumen des ehemaligen Standesamts dokumentiert eine kleine Fotoausstellung die lebendige Städtepartnerschaft zwischen der Hauptstadt von Belarus, Minsk, und Marzahn-Hellersdorf. Der nächste kulturelle Paukenschlag donnerte am 5. April in Hellersdorf. Im Ausstellungszentrum „Pyramide“ wurden unter großem Interesse und in Anwesenheit vieler Künstler einige Geheimnisse der Malerei gelüftet. „Innenansichten - Weltbetrachtungen“

heißt die bemerkenswerte Ausstellung mit Werken realistischer Malerei, u.a. von Willi Sitte, Johannes Grützke, Harald Metzkes u.a. Eine wahre Bilderflut, die allerdings mehr Raum verdient hätte. Bis zum 5. Juli empfehlen sich dort 50 Kunstschaffende.

Die Galerie M präsentiert in Anlehnung an das Themenjahr „Wir sind Nachbarn“ Heimatbilder aus Marzahn und Brandenburg des



in Berlin lebenden niederländischen Fotojournalisten Erik-Jan Ouwerkerk. Seine Fotografien tragen eine unaufdringlich liebevolle Handschrift und bieten einen interessanten Blick auf den Berliner Nordosten und darüber hinaus.

Das vergangene Osterfest wurde von Kulturstadträtin Julian Witt mit einem Feuer vor ihrem Büro auf der Alten Börse im Haus ZEIT:GUT eingeläutet. Dort bietet sich eine Plattform für Kunst- und Kulturschaffende jeglicher Couleur.

Marzahn-Hellersdorf entwickelt sich immer mehr zu einem lebendigen Kulturstandort.

Sabine Behrens (Text/Foto)

Thank you! Merci! Und vor allem Spasibo!

Von Hassan Metwally

Am 9. Mai 1945 kurz vor ein Uhr endete mit der letzten Unterschrift unter die ratifizierende Urkunde zur Kapitulation der deutschen Wehrmacht im späteren Sitz der sowjetischen Militäradministration in Deutschland in Berlin-Karlshorst protokollarisch der Zweite Weltkrieg in Europa. Wenige Monate später, am 11. November, wurde mit einer Parade der in Berlin stationierten alliierten Truppen das auf Beschluss des Kriegsrates der 1. Belorussischen Front an der Charlottenburger Chaussee (heute Straße des 17. Juni) errichtete sowjetische Ehrenmal eingeweiht. Das Ehrenmal erinnert an die Toten des Zweiten Weltkrieges der Rabotsche-krestjanskaja Krasnaja armija; besonders die 80.000 in der Schlacht um Berlin Gefallenen. Zwischen 2.000 und 2.500 von ihnen liegen auf dem Gelände des Ehrenmals begraben.

Nicht ganz 69 Jahre nach Kriegsende begannen BILD-„Zeitung“ und B.Z. eine Unterschriftenkampagne mit dem Ziel, die beiden zum Ehrenmal im Tierpark gehörigen T-34/76-Panzer zu entfernen. Diese Kampagne wird auch von verschiedenen „Prominenten“ unterstützt, zu denen u.a. auch die CDU-Abgeordnete und bekannte Geschichts-Revisionistin Erika Steinbach gehört. Besonders peinlich ist aber die Begründung des CDU-Senators Thomas Heilmann (Inneres): „Ich wünsche mir einen Wettbewerb, wie man die russischen Gefallenen an dieser Stelle besser ehrt – und zwar ohne Panzer.“ Er macht deutlich, dass es bei der Unterschriftenkampagne eben nicht um aktuelle politische Ereignisse geht, sondern um grundsätzlichere deutsche Befindlichkeiten. Auch wenn die Kampagne von BILD und B.Z. ein besonders plumpe Beispiel ist, so ist sie doch Teil eines größeren allgemeinen, populären Geschichtsdiskurses, der die deutsche und europäische

Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts revidieren soll. Zu diesem Diskurs gehören auch TV-Produktionen wie „Unsere Mütter, unsere Väter“ oder jüngst „Die Männer der Emden“. Auch dass Werke wie das des australischen Historikers Christopher Clark „Schlafwandler“ oder Timothy Snyders „Bloodlands“ gerade im deutschen Feuilleton so wohlwollend aufgenommen wurden, gehört in diesen Kontext. Kurz gesagt geht es immer darum, die deutsche Geschichte reinzuwaschen von Schuld und Verantwortung bzw. sie zu relativieren. Doch geht es letztlich nicht nur um deutsche Befindlichkeiten, sondern auch machtpolitische Interessen. Einerseits sind die tagespolitischen Instrumentalisierungen der Geschichte zur Legitimation von tagespolitischem Handeln selbst Teil des revisionistischen Diskurses, anderer-

seits setzen sie diesen voraus. – Eins soll hier aber klar gesagt werden: Hinter diesem revisionistischen Diskurs (jenseits der plumpsten Geschichtsleugner aus der ganz rechten Ecke) stehen keine finsternen Mächte; es gibt keinen Masterplan. Vielmehr spiegeln sich in ihm ein sich veränderndes gesellschaftliches Bewusstsein und veränderte geostrategische Bedingungen.

Das stellt linke Kulturschaffende, in der politischen Bildung Tätige und Gesellschaftswissenschaftler vor ganz erhebliche Herausforderungen, über die es noch nachzudenken gilt und wobei es keine einfachen Antworten geben kann. Doch eine Prämisse steht für mich fest: Mit Blick auf den 8. und 9. Mai und die alliierten Sieger gilt weiterhin Thank you! Merci! Und vor allem Spasibo!



Das Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten
Foto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 3.0 (via Wikimedia Commons)

Wir danken den Befreier*innen Berlins

Von Thomas Braune

Die Gedenkveranstaltung am 22. April am ersten befreiten Haus in der Landsberger Allee 563 betonte vor allem die Notwendigkeit, den Kampf der Roten Armee gegen das nationalsozialistische Deutschland nicht mit aktuellen politischen Ereignissen in der Ukraine in Verbindung zu setzen und Orte des Gedenkens aus ihrem historischen Kontext zu reißen. Die Bezirksstadträtin der LINKEN,

Dagmar Pohle, kritisierte in ihrer Rede die Geschichtsvergessenheit des Chefredakteurs der BILD-Zeitung, Kai Diekmann, und des Berliner Justizsenators Thomas Heilmann (CDU). Die BILD und die B.Z. hatten in einer gemeinsamen Aktion Bürger*innen aufgefordert, eine Petition an die Bundesregierung zu unterschreiben und so für den Abriss der Panzer der Roten Armee vor dem Brandenburger Tor zu votieren. Glück-

licherweise schützt der Zwei-plus-Vier-Vertrag die errichteten Denkmäler – und somit das Andenken an die Befreier*innen – vor politisch motivierten Umdeutungsversuchen. Im Anschluss an die Rede von Dagmar Pohle wurden Kränze und Nelken niedergelegt.



Europafest

» 9.5., ab 14 - 18 Uhr, Kastanienboulevard, 12627 Berlin, Europa-Fest der demokratischen Parteien

Aus Anlass des Tages der Befreiung

» 10.5., 13.00 Uhr, Gedenkstätte Brodauer Straße, 12621 Berlin, Kranzniederlegungen am sowjetischen Ehrenmal

» 10.5., 14.30 Uhr, Friedhof Wiesenburger Weg, 12681 Berlin, Kranzniederlegungen am sowjetischen Ehrenmal

Politische Bildung

» 14.5., 18 Uhr, Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf, Alt-Marzahn 51, 12685 Berlin, „Das Zwangslager für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn: Alltag, Verfolgung und Deportation“ - Buchvorstellung mit Patricia Pientka (Historikerin), Moderation: Kristian Ronneburg. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf in Kooperation mit dem Heimatverein Marzahn-Hellersdorf und dem Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf.

BO 88 lädt ein

» 14.5., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Versammlung der Basisgruppe 88, Gast: **Wolfgang Grabowski** zum Thema „Ukraine“, Interessierte sind willkommen!

Kinderfeste

» 10.5., 15 Uhr, Theaterplatz, Louis-Lewin-Straße/U-Bhf. Louis-Lewin-Straße, mit **Dr. Gabriele Hiller** (Mda)

» 24.5., 15 Uhr, Clara-Zetkin-Park, Niemecker Straße/S-Bhf. Ahrensfelde, mit **Wolfgang Brauer** (Mda)

Umweltspaziergang

» 20.5., 16.30 Uhr, Treffpunkt Bushaltestelle Suhler Str. (195), Marzahn-Hellersdorfer Umweltspaziergang zum Kienberg - so lange es noch geht!

Hinten links:

Europa schaut in die Sterne

Der neueste europäische Star im Weltraum heißt GAIA (Globales Astrometrisches Interferometer für die Astrophysik - paradox: Gaia = griechisch antike Erdgöttin).

GAIA beginnt nach zwanzigjähriger Entwicklung und halbjähriger Flug-/Kalibrierungsphase im Mai ihre fünfjährige Primärarbeit.

Ambitioniert und ca. 940 Mio. EUR teuer, vermisst die ESA-Mission „nur“ eine Milliarde Sterne (das sind weniger als ein Prozent) unserer Milchstraße astrometrisch, photometrisch und spektroskopisch.

Die 2 t schwere GAIA wurde mittels einer russischen Sojus-Rakete am 1,5 Mio. km entfernten Punkt „L2“, dort wo sich die Gravitationskräfte von Sonne und Erde in etwa aufheben, dynamisch „positioniert“. Nachbarn sind die ESA-Teleskope Planck und Herschel sowie der Hubble-Nachfolger James Webb Space.

Unser Sonnensystem befindet sich am Rande, wir sind nicht „der Nabel der Welt“ - auch nicht „schwarze Masse“, die u. U. aufgespürt werden kann - alles bewegt sich.

In Darmstadt ist das ESOC-Raumflugkontrollzentrum. Die übertragenen Daten werten 432 Wissenschaftler aus 24 Ländern aus; in Deutschland an der Uni und im Max-Planck-Institut Heidelberg sowie an der TU Dresden und im Leibniz-Institut Potsdam - eine lange Mission.

Frage

Wenn erste Teilergebnisse erst 2016/17 zu erwarten sind, könnten wir uns bereits Ende Mai mit den ebenfalls noch in den Sternen liegenden EU-Wahlergebnissen trösten - oder?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 6.5., 20.5., 3.6. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 7.5., 18 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin (BO Biesdorf/Marzahn-Süd)

» 8.5., 5.6. jeweils 19.30 Uhr, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin (BO Marzahn)

» 8.5., 5.6. jeweils 19.30 Uhr, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (BO Hellersdorf)

Treffen im Wahlkreis 4

» 11.6., 18 Uhr, Treffen aller im Wahlkreis 4 wohnenden Mitglieder, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, mit Regina Kittler (Mda), dafür keine Sprecherberatung für Biesdorf/Marzahn-Süd

Sprechstunden

» **Dr. Gabriele Hiller** (Mda), 5.5., 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41, 12619 Berlin

» **Wolfgang Brauer** (Mda): 9.5., 16.5. jeweils 11-13 Uhr, 20.5., 27.5. jeweils 18-20 Uhr, Wahlkreisbüro Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus)

» **Petra Pau** (MdB): 14.5., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12; 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum Pestalozzitreff, Pestalozzistraße 1a, 12623 Berlin, tel. Anmelde. 030 99289380 erbeten

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller** (Mda), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (Mda), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr (Tel. 030 97891950)

» **12.5., 16.30 Uhr**, Eröffnung des gemeinsamen Wahlkreisbüros der Mda **Dr. Manuela Schmidt** und **Regina Kittler**, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin (überm Griech. Restaurant/1. Etage/per Aufzug)

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» 16.5., 20.6. jeweils 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin (am 3. Freitag eines Monats), Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

Frauentreffen

» 12.5., 18 Uhr, für interessierte Mitglieder und Sympatisantinnen der LINKEN, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, überm Griech. Restaurant, 1. Etage

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 18 Uhr, Di 16 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr geöffnet, Telefon 030 54431890

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Öffnungszeiten:

Montag:	13-17 Uhr / Donnerstag:	10-18 Uhr
Dienstag:	10-17 Uhr / Freitag:	10-13 Uhr

(mittwochs sowie am 9.5.2014 geschlossen)

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 28.04.2014. Auslieferung ab: 30.04.2014. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 05.06., 03.07. und 04.09.2014.